



Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V.

Stellungnahme der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. zur Erhebung von Studiengebühren

Unser Bildungssystem ist, gemessen an demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen, unmodern, rückständig und ungerecht.

Intelligent und notwendig ist eine deutliche Erhöhung der Abiturientenquote, vor allem in den sozialen Sektoren, deren Begabungsreserven bisher aufgrund ihrer sozialen Zugehörigkeit nicht ausgeschöpft werden.

Intelligent und notwendig ist eine deutliche Erhöhung der Studierendenquote. Die Dynamik des Arbeitsmarktes verlangt zunehmend die Kompetenz des Einzelnen, das Lernen gelernt zu haben, selbst der Manager der sich verändernden Berufsbiographie zu sein. Dazu müssen Herkunftsmilieus mit geringen Studierendenquoten berücksichtigt werden. Eine deutliche Erhöhung der Akademikerquote ist nicht dort zu erreichen, wo bereits 80 v.H. studieren, d.h. nicht in Bevölkerungsgruppen mit hohem Einkommen, sondern dort, wo heute höchstens jeder Fünfte ein Studium beginnt.

Mit der Einführung der Studiengebühren werden gerade jene abgeschreckt, deren Herkunftsmilieus unter den Studierenden schon heute drastisch unterrepräsentiert sind. Das ist nicht nur zutiefst ungerecht, weil es die soziale Schieflage deutlich verstärkt. Das verfestigt auch die bestehende Rückständigkeit gemessen an anderen Industrienationen. Die Einführung der Studiengebühren ist einfach dumm. Dagegen ist die Forderung, Bildung als öffentliches Gut zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft und damit der folgenden Generationen für möglichst viele zu betrachten, intelligent und bitter nötig.

Die Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. hat sich schon 2005 gegen Studiengebühren ausgesprochen, „weil es Studierenden aus einkommensschwachen Schichten die Aufnahme eines Studiums in unerträglicher Weise erschwert.“

Die Mitgliederversammlung hat seinerzeit festgestellt, dass „die ohnehin schon heute bestehende drastische Ungleichheit der Chancen zu studieren durch eine solche Politik gezielt verstärkt wird, zumal es seitens des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg keine Planungen zur sozialen Abfederung der Mehrbelastungen gibt.“

Dem ist heute nichts hinzuzufügen. Der Vorstand der GdFF e.V. unterstützt deshalb nach wie vor alle Gruppen und Initiativen, die sich für die Gebührenfreiheit des Studiums einsetzen.

Hamburg, 16. Mai 2007

- Der Vorstand der GdFF -